

Nr. 57**Englert gegen Deutschland**

Urteil vom 25. August 1987 (Plenum)

Ausgefertigt in französischer und englischer Sprache, die gleichermaßen verbindlich sind, veröffentlicht in Série A / Series A Nr. 123.

Beschwerde Nr. 10282/83, eingelegt am 13. Oktober 1982; am 28. Januar 1986 von der Kommission vor den EGMR gebracht.

EMRK: Zulässigkeitsvoraussetzung der Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs, Art. 26 (Art. 35 Abs. 1 n.F., Text in EGMR-E 1, 650); Recht auf ein faires Verfahren – Unschuldsvermutung im Strafverfahren, Art. 6 Abs. 2.

Innerstaatliches Recht: § 154 Abs. 1 und 2, § 464 Abs. 1 und 2, § 467 StPO; § 2 Abs. 1, § 5 Abs. 2 und § 8 Gesetz über Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG).

Ergebnis: Prozesshindernde Einrede der Nichterschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs zurückgewiesen; keine Verletzung von Art. 6 Abs. 2.

Sondervotum: Eins.

Zum Verfahren:

Die *Europäische Menschenrechtskommission* gelangt in ihrem abschließenden Bericht (Art. 31 EMRK) vom 9. Oktober 1985 einstimmig zu dem Ergebnis, dass eine Verletzung von Art. 6 Abs. 2 (Unschuldsvermutung) vorliegt.

Die beim Gerichtshof ursprünglich gebildete Kammer hat am 29. November 1986 beschlossen, den Fall nach Art. 50 Verfo-EGMR an das Plenum abzugeben.

Zu der öffentlichen mündlichen Verhandlung am 23. Februar 1987 sind vor dem Gerichtshof erschienen:

für die Regierung: I. Maier, Ministerialdirigentin, Bundesministerium der Justiz, als Verfahrensbevollmächtigte, unterstützt durch: H. Stöcker, Ministerialrat, Bundesministerium der Justiz, als Berater;

für die Kommission: A. Weitzel als Delegierter;

für den Beschwerdeführer: Rechtsanwalt N. Wingerter und Rechtsanwältin A. Stiefel-Bechdorf.

Sachverhalt:

(Übersetzung)

I. Die Umstände des Falles

11. Der Beschwerdeführer (Bf.) Joachim Englert, geb. 1958, ist deutscher Staatsangehöriger. Als er seine Beschwerde bei der Kommission einlegte, war er im Gefängnis Ludwigsburg inhaftiert.

Zwischen 1975 und 1980 wurden wegen verschiedener Delikte mehrfach Strafen gegen ihn verhängt. 1981 wurde er u.a. wegen räuberischer Erpressung zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt, deren Vollstreckung jedoch auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Im August 1981 bildete das Amtsgericht (AG) Heilbronn aus den letzten zwei Verurteilungen eine Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde.

12. Zuvor wurde der Bf. am 24. Februar 1981 verhaftet und am 25. Februar in Untersuchungshaft genommen. Nach dem Haftbefehl des AG Heilbronn

wurde er der räuberischen Erpressung in zwei Fällen, der Körperverletzung und Vergewaltigung verdächtigt. Am 26. Juni 1981 wurde er wegen dieser Straftaten vor der 3. Großen Strafkammer des Landgericht (LG) Heilbronn angeklagt. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen hatte der Bf.

- i) am 23. Februar 1981 in einer Gaststätte von einem Gast unter Androhung von Gewalt – nämlich ihm des Nachts aufzulauern, ihm die Knochen zu brechen und ihn mit seinem Revolver zu erschießen – einen Betrag von 50,- DM [ca. 26,- Euro]* erpresst und weitere 500,- DM [ca. 256,- Euro] gefordert, die am 7. März 1981 gezahlt werden sollten;
- ii) am selben Tage den mit ihm entfernt verwandten K. ins Gesicht geschlagen und verletzt;
- iii) in seiner Unterkunft in Bad Wimpfen am nächsten Tag der Ehefrau des K. – die er vorübergehend mit ihrem Ehemann aufgenommen hatte, da sie ohne Wohnung waren – deren gesamtes Bargeld in Höhe von 150,- DM [ca. 77,- Euro] unter der Drohung abgenommen, sie umzubringen;
- iv) anschließend Frau K. unter der Drohung, er würde sie sonst verprügeln und umbringen, sexuell missbraucht, nachdem ihr Mann unter dem Einfluss von Alkohol eingeschlafen war.

13. In der Hauptverhandlung am 2. November 1981 stellte das LG Heilbronn das Verfahren hinsichtlich der ersten beiden Anklagepunkte gem. § 154 Abs. 2 StPO (Wortlaut s.u. Ziff. 19) ein, da die deswegen zu erwartende Strafe neben der Strafe, die er wegen der übrigen Taten zu erwarten hatte, „nicht beträchtlich ins Gewicht fällt“.

Am selben Tag verurteilte das LG den Bf. wegen eines Verbrechens der räuberischen Erpressung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und drei Monaten; von der Anklage der Vergewaltigung wurde er freigesprochen.

Das LG stellte fest, der Bf. habe Herrn und Frau K. Unterkunft gewährt. Das Paar habe am 23. Februar Sozialhilfe in Höhe von 325,- DM [ca. 166,- Euro] abgeholt. Nach dem Einkauf von Lebensmitteln hätten sie den Abend mit dem Bf. verbracht und alkoholische Getränke zu sich genommen. Nachdem Herr K. eingeschlafen sei, habe der Bf. Frau K. unter der Drohung sie zu töten, falls sie sich weigern sollte, gezwungen, ihm 150,- DM [ca. 77,- Euro] zu geben. Am nächsten Tag erstattete das Paar Anzeige bei der Polizei. Hinsichtlich der Anklage wegen Vergewaltigung stellte das Gericht fest, dass nach einem medizinischen Gutachten nicht ausgeschlossen werden könne, dass das erheblich geistig behinderte Opfer seinen Widerstandswillen nicht so deutlich gezeigt habe, dass es der Bf. habe feststellen können.

Der Freispruch wurde am 10. November 1981 rechtskräftig.

14.-15. [Auf die Revision des Bf. hin hob der Bundesgerichtshof (BGH) am 6. April 1982 das Urteil auf und verwies den Fall zur erneuten Verhandlung an eine andere Strafkammer des LG Heilbronn zurück, weil ein bestimmter Zeuge nicht gehört worden war, dessen Aussage für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit der belastenden Aussagen der Frau K. insgesamt von Bedeutung hätte sein

* Anm. d. Hrsg.: Die hier und nachstehend in Klammern angegebene Umrechnung in Euro (gem. offiziellem Kurs: 1 Euro = 1,95583 DM) dient einer ungefähren Orientierung. Durch Zeitablauf bedingte Wertveränderungen sind nicht berücksichtigt.

können. Der Zeuge (ein Geistlicher) machte im nachfolgenden Verfahren von seinem berufsbezogenen Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch.]

16. Am 1. September 1982 beantragte die Staatsanwaltschaft, das Verfahren gem. § 154 Abs. 2 StPO (Text s.u. Ziff. 19) einzustellen, da die vom Bf. zu erwartende Strafe gegenüber der im August 1981 verhängten Strafe nicht erheblich ins Gewicht falle (s.o. Ziff. 11). Auf die Aufforderung zur Stellungnahme teilte der vom Gericht bestellte Pflichtverteidiger RA Wingerter dem LG am 9. September mit, er sei im Namen des Beschuldigten damit einverstanden, dass dieser seine notwendigen Auslagen selbst trage, sein Mandant beabsichtige aber nicht, auf eine Entschädigung für seine Untersuchungshaft zu verzichten.

17. Am 13. September 1982 stellte das LG das Verfahren gem. § 154 Abs. 2 StPO ein, die Verfahrenskosten wurden mit Ausnahme der notwendigen Auslagen des Bf. der Staatskasse auferlegt. Dem Bf. wurde eine Entschädigung für die Verhaftung am 24. Februar 1981 und seine Untersuchungshaft vom 25. Februar 1981 bis 12. Oktober 1982 versagt.

Der Beschluss wurde im Wesentlichen auf folgende Gründe gestützt:

„(...)

Die Verfahrenskosten werden gem. §§ 464 und 467 Abs. 1 StPO der Staatskasse auferlegt, von der Übernahme der notwendigen Auslagen des Angeklagten auf die Staatskasse sieht das Gericht ab. Der Verteidiger des Herrn Englert hat im Namen seines Mandanten erklärt, dass er – Herr Englert – damit einverstanden sei, diese zu tragen. Des weiteren hätte es nach den Gesamtumständen des Falles der Billigkeit entsprochen, den Verurteilten mit seinen eigenen notwendigen Auslagen zu belasten. Dafür sind dieselben Gründe maßgeblich, die zur Versagung einer Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft führen.

Herr Englert hat durch seinen Verteidiger vortragen lassen, dass er auf eine solche Entschädigung (...) nicht verzichte (...). Eine Entschädigung für die in der vorliegenden Sache erlittene Haft kann er allerdings nicht beanspruchen. Bei Würdigung des bisherigen Prozessgeschehens überwiegen nach Ansicht der Kammer die Umstände, welche die Unschuldsumutung entkräften, derart, dass eine Verurteilung deutlich wahrscheinlicher ist als ein Freispruch. Hinzu kommt, dass Herr Englert – selbst wenn er freizusprechen wäre – eine Entschädigung für die erlittene Haft nicht beanspruchen könnte, da er durch sein eigenes Verhalten den dringenden Verdacht, ein Verbrechen der räuberischen Erpressung begangen zu haben, hervorgerufen hat.

Am Vormittag des 24. Februar 1981 erklärte er, Frau K. habe ihm nur 100,- DM [ca. 51,- Euro] gegeben, die er bei seinen morgendlichen Einkäufen in Heilbronn bis auf die bei ihm gefundenen 20,- DM [ca. 10,- Euro] ausgegeben habe. Nachdem Frau K. bei ihrer Vernehmung am Nachmittag des 24. Februar angab, Herr Englert habe die von ihr erpressten 150,- DM [ca. 77,- Euro] in seine Badehose gesteckt, wurde [er] durchsucht. Dabei wurde tatsächlich ein 100,- DM-Schein [ca. 51,- Euro], ihren Angaben entsprechend, in seiner Badehose gefunden. Erst bei seiner Vernehmung durch den Haftrichter am 22. April 1981 gab Herr Englert eine Erklärung dafür ab, weshalb er einen, wie er einräumte, von Frau K. stammenden 100,- DM-Schein [ca. 51,- Euro] besaß. Warum diese Erklärung nicht zu überzeugen vermag, hat die 3. Große Strafkammer in ihrem Urteil vom 2. November 1981 ausführlich dargelegt. Selbst wenn die Version von Herrn Englert zutreffen sollte, muss er sich jedoch entgegenhalten lassen, dass er die Strafverfolgung selbst grob fahrlässig verursachte. Denn er hat es ver-

säumt, die einfache und naheliegende Überlegung anzustellen, dass er der Unwahrheit hinsichtlich des in seinem Besitz befindlichen Geldes überführt werden könne und damit einen Anhalt für die Glaubwürdigkeit der Frau K. und seine eigene Unglaubwürdigkeit liefern werde. Die Entschädigung muss ihm daher gem. § 5 Abs. 2 StrEG versagt werden.“

Das LG stellte schließlich fest, dass aus der Unanfechtbarkeit des Einstellungsbeschlusses auch die Unanfechtbarkeit der Entscheidung über die Kosten und Auslagen sowie die Entschädigung für die Untersuchungshaft folge.

18. Am 20. September 1982 legte der Bf. gegen den Beschluss, soweit er eine Entschädigung für die Untersuchungshaft versagte, Beschwerde ein. Der Schriftsatz seines Rechtsanwaltes bestand aus einem einzigen Satz: „Im Namen meines Mandanten erhebe ich gegen Ziff. III (...) des Beschlusses vom 13. September 1982 Beschwerde.“

Die Beschwerde wurde am 30. September vom OLG Stuttgart als unzulässig verworfen. Das OLG stellte u.a. fest:

„Die Beschwerde (...) ist allein gegen die Versagung einer Entschädigung gerichtet. Das Rechtsmittel ist nicht statthaft und daher unzulässig. Bei der vorläufigen Einstellung des Verfahrens nach § 154 Abs. 2 StPO handelt es sich um eine das Verfahren abschließende Entscheidung, da sie mit Rücksicht auf eine wegen einer anderen Tat bereits rechtskräftig erkannte Strafe oder Maßregel erfolgte. In diesem Fall kann das Verfahren, sofern nicht Strafverfolgungsverjährung eingetreten ist, gem. § 154 Abs. 3 StPO nur unter der Voraussetzung wiederaufgenommen werden, dass die Strafe oder Maßregel, welche Anlass zu der Einstellung gegeben hat, nachträglich weggefallen ist. Die vorläufige Einstellung kommt hier an Bestandskraft einem das Verfahren abschließenden rechtskräftigen Urteil gleich. Es handelt sich somit um eine Entscheidung, welche gem. § 464 Abs. 1 und 2 StPO zu einer Entscheidung über die Kosten und Auslagen und nach den gleichen Kriterien (...) über die Entschädigung für die Strafverfolgungsmaßnahmen zwingt (...). Der Einstellungsbeschluss nach § 154 Abs. 2 StPO ist unanfechtbar. Diese Unanfechtbarkeit ergreift auch die mit der Hauptentscheidung zugleich getroffenen Nebenentscheidungen (...). Zu diesen Nebenentscheidungen zählen einerseits die Kosten- und Auslagenentscheidung, andererseits aber auch die Entscheidung über Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen. (...) Daher ist die vom LG getroffene Entscheidung über die Entschädigung nicht anfechtbar (...).“

II. Das relevante innerstaatliche Recht

19. § 154 StPO, auf den das LG Heilbronn seine Entscheidung vom 13. Dezember 1982 stützte, lautet:

§ 154 StPO

- „(1) Die Staatsanwaltschaft kann von der Verfolgung einer Tat absehen
1. wenn die Strafe oder die Maßregel der Besserung und Sicherung, zu der die Verfolgung führen kann, neben einer Strafe oder Maßregel der Besserung und der Sicherung, die gegen den Beschuldigten wegen einer anderen Tat rechtskräftig verhängt worden ist oder die er wegen einer anderen Tat zu erwarten hat, nicht beträchtlich ins Gewicht fällt (...)
 - (2) Ist die öffentliche Klage bereits erhoben, so kann das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren in jeder Lage vorläufig einstellen. (...).“

20. Gem. § 464 StPO muss jedes Urteil, jeder Strafbefehl und jede eine Untersuchung einstellende Entscheidung darüber Bestimmung treffen, von wem die Kosten des Verfahrens zu tragen sind (Abs. 1); in dem Urteil oder Beschluss, der das Verfahren abschließt, soll die Entscheidung darüber, wer die notwendigen Auslagen trägt, getroffen werden (Abs. 2).

§ 467 StPO lautet:

„1. Wird der Angeschuldigte freigesprochen oder die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen ihn abgelehnt oder das Verfahren gegen ihn eingestellt, so fallen die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen des Angeschuldigten der Staatskasse zur Last. (...)

3. (...) Das Gericht kann davon absehen, die notwendigen Auslagen des Angeschuldigten der Staatskasse aufzuerlegen, wenn er

1. die Erhebung der öffentlichen Klage dadurch veranlasst hat, daß er sich selbst in wesentlichen Punkten wahrheitswidrig oder im Widerspruch zu seiner späteren Erklärungen belastet oder wesentliche entlastende Umstände verschwiegen hat, obwohl er sich zur Beschuldigung geäußert hat, (...)

4. Stellt das Gericht das Verfahren nach einer Vorschrift ein, die dies nach seinem Ermessen zulässt, so kann es davon absehen, die notwendigen Auslagen des Angeschuldigten der Staatskasse aufzuerlegen.

(...)“

Soweit das Gesetz die Erstattung der notwendigen Auslagen nicht obligatorisch vorsieht, entscheiden die Gerichte nach Billigkeit. Sie verfügen in dieser Hinsicht über einen gewissen Ermessensspielraum.

21. Gem. § 2 Abs. 1 des Gesetzes über Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 wird jeder, der durch den Vollzug der Untersuchungshaft einen Schaden erlitten hat, aus der Staatskasse entschädigt, soweit er freigesprochen oder das Verfahren gegen ihn eingestellt wird. Zu diesem Grundsatz gibt es jedoch verschiedene Ausnahmen, einschließlich derjenigen nach § 5 Abs. 2 StrEG, der bestimmt:

§ 5 Abs. 2 StrEG

„Die Entschädigung ist (...) ausgeschlossen, wenn und soweit der Beschuldigte die Strafverfolgungsmaßnahme vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat. Die Entschädigung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Beschuldigte sich darauf beschränkt hat, nicht zur Sache auszusagen, oder er unterlassen hat, ein Rechtsmittel einzulegen.“

Das zuständige Gericht entscheidet gem. § 8 StrEG über die Verpflichtung zur Entschädigung in dem Urteil oder Beschluss, der das Verfahren abschließt.

22. Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich die Tragweite des Grundsatzes der Unschuldsvermutung im Zusammenhang mit Entscheidungen präzisiert, die ein Strafverfahren einstellen. Mit einem Beschluss vom 26. März 1987 hat es wegen Verstoßes gegen den Grundsatz der Unschuldsvermutung zwei Entscheidungen von Amtsgerichten und eine Entscheidung eines Landgerichts aufgehoben, die zwar die Schuld der in den genannten Verfahren Beschuldigten als „gering“ bewerteten, die gegen sie gerichteten Privatklageverfahren deshalb einstellten, ihnen aber dennoch die Verfahrenskosten sowie

die den Privatklägern entstandenen notwendigen Auslagen auferlegten (2 BvR 589/79, 2 BvR 740/81 und 2 BvR 284/85, Europäische Grundrechte-Zeitschrift 1987, S. 203-209).

[Der hier folgende Text ist wortgleich mit dem im Urteil *Lutz*, s.o. Ziff. 44, S. 643.]

Verfahren vor Kommission und Gerichtshof

23.-25. [In ihrem Bericht (Art. 31) vom 9. Oktober 1985 gelangt die Kommission einstimmig zu dem Ergebnis, dass eine Verletzung von Art. 6 Abs. 2 vorliegt.

Die Regierung beantragt, der Gerichtshof möge sich wegen Nichterschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges mit dem Fall nicht befassen, und beantragt hilfsweise, der Gerichtshof möge feststellen, dass Art. 6 Abs. 2 der Konvention nicht verletzt worden ist.]

Entscheidungsgründe:

26. Der Bf. rügt die Gründe in dem Beschluss des LG Heilbronn, aus denen am 13. September 1982 die Erstattung seiner notwendigen Auslagen und eine Entschädigung für seine Untersuchungshaft abgelehnt wurden. Er behauptet, sie verletzen das in Art. 6 Abs. 2 der Konvention enthaltene Prinzip der Unschuldsvermutung.

Art. 6 Abs. 2 lautet wie folgt:

„Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig.“

Die Regierung trägt vor, die Beschwerde sei wegen Nichterschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges unzulässig, und hilfsweise, Art. 6 Abs. 2 sei nicht verletzt worden.

Die Kommission teilt die Auffassung des Bf.

I. Die prozesshindernde Einrede der Regierung

27. Die Regierung trägt vor, der Bf. habe nicht gem. Art. 26 der Konvention den Rechtsweg nach deutschem Recht erschöpft, da er seine Beschwerde über die Entscheidung, seine notwendigen Kosten nicht zu erstatten, weder vor dem Oberlandesgericht Stuttgart erhoben noch Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt habe.

28. Da die Regierung diese Einrede vor der Kommission im Anfangsstadium der Zulässigkeitsprüfung erhoben hat und später wiederholte, ist sie nicht präkludiert, sich vor dem Gerichtshof darauf zu berufen (s. zuletzt das Urteil vom 18. Dezember 1986 im Fall *Bozano*, Série A Nr. 111, S. 19, Ziff. 44, EGMR-E 3, 339).

A. Erstes Argument der prozesshindernden Einrede (OLG Stuttgart)

29. Die Beschwerde des Bf. zum OLG Stuttgart war auf die Frage der Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft beschränkt. In dem die Beschwerde verwerfenden Beschluss (als von Rechts wegen unstatthaft und daher unzulässig) stellte das OLG fest, die Unanfechtbarkeit der Einstellungsentscheidung ergreife auch die Nebenentscheidungen, und zwar nicht nur die

Kosten- und Auslagenentscheidung, sondern auch die Entscheidung über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (s.o. Ziff. 18). Vor allem hat das LG selbst ausgeführt, seine Entscheidung über die Kosten und die Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft sei unanfechtbar, weil der Einstellungsbeschluss unanfechtbar sei (s.o. Ziff. 17).

30. Die Regierung betont jedoch, die deutschen Rechtsmittelgerichte entschieden in der Frage, ob bei Einstellung des Verfahrens eine Beschwerde gegen die Kostenentscheidung zulässig sei, nicht immer gleich. Der Bf. hätte deshalb vor dem OLG Stuttgart auch den Beschluss, seine notwendigen Auslagen nicht der Staatskasse aufzuerlegen, rügen müssen.

Es muss in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass das in dem vorliegenden Fall grundsätzlich zuständige Rechtsmittelgericht tatsächlich das OLG Stuttgart war. Obwohl dieses Gericht im Jahre 1969 eine Beschwerde über eine Kostenentscheidung nach Verfahrenseinstellung als zulässig erachtete, wich es von dieser Entscheidung mit Urteil vom 22. Februar 1974 ab (Die Justiz 1974, S. 228). Die Regierung räumt dies ein. Diese Urteile waren zugegebenermaßen von zwei verschiedenen Senaten des OLG gefällt worden, aber die Regierung legte keine Entscheidung aus der Zeit nach dem Urteil vom 22. Februar 1974 vor, die das Urteil von 1969 bestätigt hätte. Unter diesen Umständen verlangen es die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts, auf die sich Art. 26 der Konvention bezieht (Urteil vom 6. November 1980 im Fall *Guzzardi*, Série A Nr. 39, S. 26, Ziff. 72, EGMR-E 1, 498 f.), nicht, dass der Bf. in dieser Frage das OLG hätte anrufen müssen.

31. Die Regierung trägt ferner vor, der Bf. hätte sich vor dem OLG auf Art. 6 Abs. 2 berufen müssen, der nach deutschem Recht direkt anwendbar ist. Indem er dies nicht tat, habe er dem Gericht keine Möglichkeit zur Prüfung gegeben, ob nicht „ausnahmsweise (...) die separate Anfechtung der Kostenentscheidung als zulässig erachtet werden sollte“.

Art. 26 verlangt von den Beschwerdeführern, dass sie die Beschwerde, die sie anschließend vor die Konventionsorgane bringen, zumindest nach ihrem wesentlichen Inhalt vor den innerstaatlichen Gerichten vorgetragen haben (Urteil vom 28. August 1986 im Fall *Glaserapp*, Série A Nr. 104, S. 24, Ziff. 44, EGMR-E 3, 250). Die Beschwerde des Bf. war jedoch auf den einen Satz seines Rechtsanwalts, Herrn Wingerter, beschränkt: „Im Namen des Beschuldigten erhebe ich gegen Ziff. III (...) des Beschlusses vom 13. September 1982 Beschwerde“ (s.o. Ziff. 18). Die Beschwerde enthielt keine Gründe und gab keinen Aufschluss darüber, dass der Bf. den Beschluss des LG Heilbronn wegen eines Verstoßes gegen den Grundsatz der Unschuldsvermutung angreifen wolle.

Der Gerichtshof muss jedoch nicht entscheiden, ob das im vorliegenden Fall für die Zwecke des Art. 26 der Konvention nach den einschlägigen Bestimmungen des deutschen Rechts ausreichend war, da eine Möglichkeit des Bf., eine Verletzung von Art. 6 Abs. 2 zu rügen, zunächst voraussetzt, dass ein Rechtsbehelf eröffnet ist – und im vorliegenden Urteil wurde soeben ausgeführt, dass ein solcher fehlte (s.o. Ziff. 29-30).

B. Zweites Argument der prozesshindernden Einrede (BVerfG)

32. Der Bf. legte gegen den Beschluss des LG Heilbronn keine Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung der Unschuldsvermutung beim BVerfG ein, da eine solche Beschwerde ihm zum Scheitern verurteilt schien.

Art. 26 der Konvention verlangt nur die Erschöpfung solcher Rechtsbehelfe, die sich auf die behaupteten Verstöße beziehen und die zugänglich und geeignet sind (Urteil vom 22. Mai 1984 im Fall *De Jong, Baljet und van den Brink*, Série A Nr. 77, S. 19, Ziff. 39, EGMR-E 2, 383 f.). Es war dem Bf. allerdings möglich, seine Beschwerde vor dem BVerfG zu erheben (gem. Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG), ein derartiger Rechtsbehelf wäre jedoch unter den gegebenen Umständen nicht effektiv gewesen. Die Kommission betont, die Regierung habe keine Entscheidungen des BVerfG angegeben, wonach der Bf. die Entscheidungsgründe des fraglichen Beschlusses mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg hätte rügen können.

Das BVerfG erklärte im Gegenteil am 2. Februar 1982 eine solche Beschwerde, die von dem Rechtsanwalt des Bf. in einem anderen Fall erhoben worden war (Fall *Lutz*, Beschluss 2 BvR 1312/81), für unzulässig. Es handelte sich dabei zugegebenermaßen um eine Verfahrenseinstellung hinsichtlich einer Ordnungswidrigkeit, aber das BVerfG, das Art. 6 Abs. 2 der Konvention u.a. erwähnt, stützt die Nichtannahme der Beschwerde nicht auf das Argument, die Unschuldsvermutung sei nicht anwendbar. Zwei neuere Entscheidungen des BVerfG, die von den Verfahrensbeteiligten dem Gerichtshof vorgelegt wurden (2 BvR 790/84 vom 20. Juli 1984 und 2 BvR 889/86 vom 29. August 1986) gehen in dieselbe Richtung wie die Entscheidung vom 2. Februar 1982.

Die Kommission befasste sich außerdem mit derselben Frage im Fall *Liebig*. Am 15. Juli 1976 verwarf die Kommission die Einrede mangelnder Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges (der Bf. hatte keine Verfassungsbeschwerde eingelegt) mit Hinweis auf die Rechtsprechung des BVerfG (*Decisions and Reports* Bd. 5, S. 65 und 67).

Die von der Regierung am 13. Mai 1987 vorgelegte Entscheidung des BVerfG vom 26. März 1987 trägt ihre Argumentation ebenfalls nicht: Sie bezieht sich auf die Einstellung einer Privatklage wegen „geringer Schuld“ der Betroffenen, die die Verfahrenskosten und die notwendigen Auslagen der Privatkläger tragen mussten (s.o. Ziff. 22). Sie kann daher sehr deutlich von dem vorliegenden Fall unterschieden werden, da die Umstände eher der vom Gerichtshof im Fall *Minelli* beurteilten Situation ähnelten (Série A Nr. 62, EGMR-E 2, 254).

C. Schlussfolgerung

33. Die Einrede, der innerstaatliche Rechtsweg sei nicht erschöpft worden, ist somit nicht begründet.

II. Die behauptete Verletzung von Art. 6 Abs. 2

34. Nach dem Vorbringen des Bf. enthielt der Beschluss des LG Heilbronn vom 13. September 1982 offensichtlich eine Schuldfeststellung und stellt daher eine „verschleierte Verurteilung“ dar.

Nach dem Vortrag der Regierung stellt der Beschluss die Strafverfolgung aus Gründen der Verfahrensökonomie ein. Es gebe daher keine „wegen einer Straftat angeklagte Person“ mehr, mithin sei eine wesentliche Voraussetzung für die Anwendbarkeit von Art. 6 Abs. 2 nicht mehr gegeben. Der Beschluss beinhalte des Weiteren keine Strafe oder Maßnahme, die in ihrer Wirkung einer Strafe gleichkomme. Die Entscheidungsgründe enthielten keine Feststellung der Schuld des Angeklagten: Das LG beschrieb vielmehr nach dem Verfahrensstand eine „Verdachtslage“ mit dem ausschließlichen Ziel, eine gerechte Entscheidung in den zwei fraglichen Punkten zu treffen. Weiterhin lehnte es den Antrag des Bf. mit der Begründung ab, sein Verhalten habe früher schon zu Verdacht Anlass gegeben und seine Strafverfolgung und Untersuchungshaft hervorgerufen. Der vom Bf. gerügte Satz habe keine „eigenständige Bedeutung“ und müsse in seinem allgemeinen Zusammenhang verstanden werden. Im Übrigen verpflichte die Konvention die Vertragsstaaten nicht, bei Einstellung des Verfahrens die „wegen einer Straftat angeklagte Person“ für jeden erlittenen Nachteil zu entschädigen. Der gerügte Beschluss könne nicht wegen seiner Entscheidungsgründe gegen die Konvention verstoßen, wenn der Tenor, der allein Rechtskraftwirkung entfalte, mit ihr in Einklang stehe.

Die Kommission geht wie der Bf. davon aus, Art. 6 Abs. 2 sei verletzt, da die gerügten Entscheidungsgründe nicht nur im Sinne der Beschreibung einer „Verdachtslage“ verstanden werden könnten.

35. Am 13. September 1982 stellte das LG Heilbronn das Verfahren gegen den Bf. mit der Begründung ein, die Strafe, die er zu erwarten habe, fielen neben der, die er zur Zeit wegen anderer Straftaten zu verbüßen habe, nicht beträchtlich ins Gewicht (§ 154 Abs. 2 StPO; s.o. Ziff. 17 und 19). Dieser Beschluss traf gem. §§ 464 und 467 Abs. 1 StPO und §§ 5 Nr. 2 und 8 StrEG auch die Kostenentscheidung und die Entscheidung über die Frage einer dem Bf. für seine Untersuchungshaft zu zahlende Entschädigung (s.o. Ziff. 17, 20 und 21). Die Kosten- und Auslagenentscheidung sowie die Entscheidung über die Haftentschädigung waren Folgen und notwendige Begleitumstände der Verfahrenseinstellung (§ 464 StPO und § 8 StrEG; s.o. Ziff. 20-21; s.a. sinngemäß das vorzitierte Urteil im Fall *Minelli*, Série A Nr. 62, S. 16, Ziff. 30, EGMR-E 2, 263 f.). Der Tenor des Beschlusses bestätigt dies eindeutig: Nach dem ersten Punkt der Entscheidung, das Verfahren werde eingestellt, betreffen die zwei weiteren Punkte die Verfahrenskosten, einschließlich der notwendigen Auslagen des Bf. und der Entschädigung für seine Untersuchungshaft. Der Bf. kann sich daher hinsichtlich des gerügten Beschlusses grundsätzlich auf Art. 6 Abs. 2 der Konvention berufen.

36. Der Gerichtshof weist jedoch zunächst wie die Kommission und die Regierung darauf hin, dass weder Art. 6 Abs. 2 noch irgendeine andere Bestimmung der Konvention der „wegen einer Straftat angeklagten Person“ ein Recht auf Erstattung ihrer Kosten verleiht, wenn das Verfahren gegen sie eingestellt wird. Die Nichterstattung der notwendigen Auslagen des Bf. verstößt daher an sich nicht gegen die Unschuldsvermutung (s. sinngemäß das bereits zitierte Urteil im Fall *Minelli*, a.a.O., S. 17, Ziff. 34-35, EGMR-E 2, 265). Der

Anwalt des Bf. gab überdies an, sein Mandant fechte den Beschluss des LG nur hinsichtlich der Entscheidungsgründe an.

37. Eine Entscheidung, die eine Entschädigung für Untersuchungshaft sowie die Erstattung der notwendigen Auslagen eines Angeklagten nach Einstellung des Verfahrens ablehnt, kann dennoch ein Problem im Hinblick auf Art. 6 Abs. 2 aufwerfen, wenn die Entscheidungsgründe, die vom Tenor nicht getrennt werden können (s. das genannte Urteil, S. 18, Ziff. 38, EGMR-E 2, 266), ihrem wesentlichen Inhalt nach einer Entscheidung über die Schuld des Angeklagten gleichkommen, ohne dass seine Schuld vorher gesetzlich nachgewiesen worden wäre und ohne dass er insbesondere seine Verteidigungsrechte hätte wahrnehmen können (a.a.O., Ziff. 37, EGMR-E 2, 265 f.).

38. Der vom Bf. gerügte, in zweifacher Hinsicht ablehnende Beschluss beruhte auf § 467 Abs. 4 StPO und § 5 Nr. 2 StrEG (s.o. Ziff. 20-21). Diese Vorschriften enthalten Ausnahmen zu dem Grundsatz im deutschen Recht, dass bei Einstellung von Strafverfahren die notwendigen Auslagen des „Angeschuldigten“ der Staatskasse aufzuerlegen sind (§ 467 Abs. 1 StPO). Bei Anwendung dieser Vorschriften sind die jeweiligen Gerichte, die diese Frage nach Billigkeit entscheiden und über einen bestimmten Ermessensspielraum verfügen, verpflichtet, u.a. den Verfahrensstand bei Einstellung, das Verhalten des Angeklagten und die Schwere des Verdachtes, der noch gegen ihn besteht, zu berücksichtigen.

39. Das LG Heilbronn entschied, die notwendigen Auslagen des Bf. nicht der Staatskasse aufzuerlegen. Der Verteidiger des Bf. hatte erklärt, sein Mandant sei mit der Übernahme seiner eigenen Auslagen einverstanden. Weiterhin stellte das LG fest „es hätte nach den Gesamtumständen des Falles der Billigkeit entsprochen“, [ihn damit zu belasten] – und zwar aus „denselben Gründen (...) die zur Versagung einer Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft führen“ (s.o. Ziff. 17). In diesem Zusammenhang befand das LG, „bei Würdigung des bisherigen Prozessgeschehens überwiegen (...), die Umstände, welche die Unschuldsvermutung entkräften, derart, dass eine Verurteilung deutlich wahrscheinlicher ist als ein Freispruch“. Letztlich hat [der Angeklagte] „durch sein eigenes Verhalten den dringenden Verdacht, ein Verbrechen der räuberischen Erpressung begangen zu haben, hervorgerufen“ (ebd.).

Das deutsche Gericht wollte damit, wie das für die Entscheidung notwendig war, zum Ausdruck bringen, dass gegen den Bf., der durch sein eigenes Verhalten die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen sich veranlasste, noch starke Verdachtsmomente bestanden. Selbst wenn die verwendeten Termini mehrdeutig und wenig zufriedenstellend erscheinen können, beschränkte sich das Gericht im Kern auf die Feststellung, dass ein „hinreichender Verdacht“ bestand, dass der Beschuldigte „eine Straftat begangen hat“ (Art. 5 Abs. 1 lit. c der Konvention). Nach dem Beweisergebnis beschrieb der Beschluss eine „Verdachtslage“ und enthielt keine Schuldfeststellung. In dieser Hinsicht unterscheidet er sich von den Entscheidungen, die der Gerichtshof im Fall *Minelli* untersuchte (vorzitiertes Urteil, Série A Nr. 62, S. 8-10, Ziff. 12-14 und S. 11-12, Ziff. 16, EGMR-E 2, 256 ff. und 259 f.) und auch

von den vom BVerfG am 26. März 1987 aufgehobenen Entscheidungen (s.o. Ziff. 22).

40. Der Beschluss, die notwendigen Auslagen des Bf. nicht zu erstatten und ihm keine Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft zu gewähren, stellt überdies keine Strafe oder Maßnahme dar, die einer Strafe gleichkommt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der vorliegende Fall ebenfalls eindeutig vom Fall *Minelli* und von den vom BVerfG am 27. März 1987 entschiedenen Fällen (s.o. Ziff. 22). Die Schweizer Gerichte hatten bestimmt, dass der Bf. einen Teil der Verfahrenskosten tragen sollte, und hatten ihn verpflichtet, den Privatklägern ihre notwendigen Auslagen zu erstatten (vorzitiertes Urteil, ebd.), und ihn so als schuldig behandelt. Im vorliegenden Fall geschah nichts Vergleichbares: Der Bf. musste nicht die Verfahrenskosten tragen, sondern nur seine notwendigen Auslagen, und er wurde nicht für die erlittene Untersuchungshaft entschädigt. Das zuständige Gericht, das, von Billigkeitserwägungen ausgehend, die starken Verdachtsmomente berücksichtigte, die aus seiner Sicht in Bezug auf den Bf. zu bestehen scheinen, hat ihm keine Strafe auferlegt, sondern lehnte lediglich die Erstattung seiner notwendigen Auslagen sowie eine Entschädigung aus öffentlichen Geldern ab. Der Gerichtshof hat nun aber bereits deutlich gemacht, dass die Konvention, insbesondere Art. 6 Abs. 2 die Vertragsstaaten nicht verpflichtet, nach Einstellung eines Verfahrens die „wegen einer Straftat angeklagte Person“ für jeden erlittenen Nachteil zu entschädigen.

41. Im Ergebnis hat der Beschluss des LG Heilbronn vom 13. September 1982 die dem Bf. gem. Art. 6 Abs. 2 der Konvention gewährleistete Unschuldsvermutung nicht verletzt.

Aus diesen Gründen entscheidet der Gerichtshof,

1. einstimmig, die prozesshindernde Einrede der Nichterschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges zurückzuweisen;
2. mit sechzehn Stimmen gegen eine, dass Art. 6 Abs. 2 nicht verletzt worden ist.

Zusammensetzung des Gerichtshofs (Plenum): die Richter Ryssdal, *Präsident* (Norweger), Cremona (Malteser), Thór Vilhjálmsson (Isländer), Bindschedler-Robert (Schweizerin), Lagergren (Schwede), Gölcüklü (Türke), Matscher (Österreicher), Pinheiro Farinha (Portugiese), Pettiti (Franzose), Sir Vincent Evans (Brite), Macdonald (Kanadier, gewählt auf Vorschlag Liechtensteins), Russo (Italiener), Bernhardt (Deutscher), Gersing (Däne), Spielmann (Luxemburger), De Meyer (Belgier), Valticos (Griechen); *Kanzler:* Eissen (Franzose); *Vize-Kanzler:* Petzold (Deutscher)

Sondervotum: Abweichende Meinung des Richters Cremona.